

Griechen einig mit Gläubigern

Weg frei für Finanzreformen

Athen. Die griechische Regierung hat sich nach eigenen Angaben mit den internationalen Gläubigern auf eine Reihe von Finanzreformen geeinigt und so ein grosses Hindernis vor der Freigabe weiterer Milliardenhilfen aus dem Weg geräumt. «Wir haben eine Einigung über alles gefunden», teilte der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos gestern in Athen mit. Damit sei der Weg geebnet, damit die dringend benötigte Kredittranche sowie Hilfe für die angeschlagenen Banken an diesem Freitag freigegeben werden könnten.

Der Einigung waren Marathonverhandlungen mit Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Euro-Rettungsfonds (ESM) vorausgegangen. Gestern sollten die Finanzstaatssekretäre der Euroländer den Kompromiss prüfen. Bei ihrem grünen Licht könnte der ESM das Geld am Freitag überweisen.

Umstrittene Versteigerungen

Athen wartet bereits seit fast einem Monat auf die zugesagte Kredittranche, hatte aber bislang noch nicht alle Auflagen der internationalen Gläubiger erfüllt. Gestritten wurde vor allem über die Pfändung von Immobilienbesitz überschuldeter Haushalte. Die Gläubiger pochten darauf, dass die angeschlagenen Banken durch Zwangsversteigerungen Geld erhalten, wenn die Privathaushalte ihre Haus- oder Wohnungskredite nicht abbezahlen. Die linksgerichtete Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras wollte verhindern, dass viele Familien mit niedrigen Einkommen auf der Strasse landen.

Der Gesetzentwurf über die Zwangsversteigerungen und die anderen verlangten Massnahmen sollte bereits gestern ins Parlament eingebracht werden, die Abstimmung ist für morgen vorgesehen. SDA

Schweizer Kritik an der EZB

Ultralockere Geldpolitik im Visier

Bern/Zürich. Der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Jean-Pierre Roth, kritisiert die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese habe fatale Folgen, warnte der Westschweizer in einem Radiointerview. «Ich glaube, die EZB-Politik ist zu weit gegangen», sagte Jean-Pierre Roth dem Radio SRF. Europa könne seine wirtschaftlichen Probleme nicht mit Hilfe einer Flut billigen Geldes lösen. «Man braucht Reformen», sagte der Verwaltungsratspräsident der Genfer Kantonalbank, der von 2001 bis 2009 der Nationalbank vorstand. SDA



Braucht Pflege. Die Firmen am Wirtschaftsstandort Basel sind an mehreren Fronten herausgefordert. Foto Dominik Plüss

Wie Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben

Basel Economic Forum rückt eine kapitale Frage ins Zentrum

Von Ruedi Mäder

Basel. Die Premiere des Basel Economic Forum (BEF) vor einem Jahr war der Problematik des Fachkräftebedarfs und -mangels gewidmet. Die Affiche des zweiten Forums vom kommenden Montag ist eine kapitale Frage des Wirtschaftens überhaupt, deren Bedeutung im aktuellen Umfeld zusätzlich gestiegen ist: «Wie bleiben unsere Unternehmen wettbewerbsfähig?» Regula Ruetz, Direktorin von Metrobasel, nennt vier Faktoren, welche die Konkurrenzfähigkeit der Firmen und damit auch den Wohlstand in der Region gefährdeten:

- > Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses habe bereits Tausende von Arbeitsplätzen gekostet.
- > Gegen die wachsende Zahl unnötiger, nicht zielführender Auflagen müsse eine wirksame Regulierungsbremse eingesetzt werden.
- > Aus politischen Gründen würden immer neue wirtschaftsfeindliche Initiativen lanciert, womit die Rechtssicherheit infrage gestellt und Investitionen gebremst würden.
- > Die in naher Zukunft auch vom Volk zu prüfende Unternehmenssteuerreform III hat gerade für die Region Basel grosse Bedeutung.

Sowohl die Wirtschaft als auch die Politik seien vor diesem Hintergrund gefordert, betont Ruetz. Am diesjähri-

gen BEF gehe es einerseits um Information, andererseits um die Erörterung von Lösungsansätzen.

Interesse grösser als 2014

Das Spektrum der Referenten – rund ein Dutzend – und damit auch der vertretenen Branchen, respektive Bereiche, ist erneut breit. Gastreferent ist Rolf Weder, Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration der Universität Basel. Das Grundsatzreferat zur Unternehmenssteuerreform III wird von Adrian Hug, Direktor der Steuerverwaltung des Bundes, gehalten.

Mit von der Partie sind unter anderem der Industrieverband Swissem,

der Thinktank Avenir Suisse, der Detailhandel, die Energiewirtschaft, die Finanzbranche, die Pharmaindustrie und nicht zuletzt die Politik.

Die bisherigen Rückmeldungen auf die Einladung stimmten zuversichtlich, zog Regula Ruetz im Gespräch mit der BaZ gestern eine Zwischenbilanz: «Da die Teilnahme nicht kostenlos ist, haben sich vor allem Personen angemeldet, die sich einen Informationsnutzen von den Referaten und den Diskussionsrunden versprechen.» Sicherlich werde auch die Networking-Gelegenheit sehr geschätzt.

Im Vergleich zum ersten Basel Economic Forum vor Jahresfrist stossen die Veranstalter heuer auf ein noch höheres Interesse und auch mehr Anmeldungen. «Das BEF steht grundsätzlich allen offen», sagt Regula Ruetz und ergänzt, in diesem Jahr hätten sich viele Entscheidungsträger, unter anderem Geschäftsführer, Finanzchefs und Verwaltungsräte von Unternehmen aus der Region angemeldet.

Mit Blick auf die Trägerschaft ist erneut Metrobasel die treibende Kraft hinter dem BEF, und der Arbeitgeberverband Basel ist erneut mit an Bord. Vor einem Jahr wurde das Ziel formuliert, beide Basel stärker einzubeziehen. Nun freuen sich die Veranstalter über den Beitrag des Kantons Basel-Stadt und die Grussadresse des Wirtschaftsministers. Die Hoffnung lebt, im nächsten Jahr auch Baselland dabei zu haben.

Basel Economic Forum

Das zweite Basel Economic Forum (BEF) geht am nächsten Montag, 23. November, im Stadtcasino Basel über die Bühne. Es wurde von Metrobasel initiiert, Co-Träger ist der Arbeitgeberverband Basel. Das BEF versteht sich als Wirtschaftsforum für die trinationale Metropolitanregion Basel und die Nordwestschweiz. Das BEF richtet sich an Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verbänden und der (Zivil-)Gesellschaft. Die ganztägige Veranstaltung ist kostenpflichtig. Weitere Informationen unter:

www.baselconomicforum.ch

Service Public

Wir müssen die 2. Säule vor Finanzspielen schützen

Von Urs Müller

Unsere 2. Säule kommt von verschiedenen Kreisen unter Beschuss. Einerseits sind die notwendigen Renditen, welche die Zukunft der Renten sichern sollen, kaum zu erreichen, andererseits werden wir älter als vorausgesehen. Deshalb kommt der Umwandlungssatz für Renten der 2. Säule zunehmend unter Druck, was nichts anderes bedeutet als ein Rentenklau für die Rentenbezüger der kommenden Generationen. Bis jetzt war die Tür für den Kapitalbezug offen, welcher oft Folgen zulasten der Gemeinschaft hat. Den meisten ist bekannt, dass wir für Wohneigentum Gelder aus der Pensionskasse beziehen können, was auch richtig ist, da dies für die Altersvorsorge nützlich ist.

Hingegen haben die Pensionskassen gemerkt, dass auch die Kapitalauszahlungen zurzeit von grossem Interesse sind. So stossen die Pensionskassen und die dahinter stehenden Versicherungen, Finanzhaie und so weiter lieber Gelder ab, als dass sie nur eine ungenügende Rendite erzielen. Mit diesem Trick verschieben sie das ganze Anlage-

risiko auf den Einzelnen und verabschieden sich von jeglicher sozialen Verantwortung. Manche Rentenbezüger freuen sich über diesen Geldsegen. Sie machen risikoreiche Geldanlagen, gehen vorerst für ein Jahr oder so auf Weltreise, und am Schluss ist die Kapitalauszahlung nicht mehr – oder nur noch ein kleiner Teil davon – vorhanden. Kurz: Die Rente aus der 2. Säule ist weg. Bundesrat Berset schreibt in einem internen Bericht zuhanden des Parlaments Folgendes: «Kapitalauszahlungen erhöhen das Risiko, dass Versicherte im Vorsorgefall nicht mehr über genügend Renteneinkommen verfügen und auf Ergänzungsleistung (EL) angewiesen sind.» Was nun?

Ja, jetzt ist guter Rat teuer, sieht doch unser Sozialsystem vor, dass im Alter niemand verarmt. Die AHV sollte die Grundsicherung sicherstellen, was sie nicht macht, aber dafür sind die EL zur Ergänzung vorgesehen. Mit der 2. Säule, der Pensionskasse, sollte der bisherige Lebensstandard erreicht werden, und das private Sparen trägt dazu bei, Ferien, Anschaffungen und so weiter zu ermöglichen. Nun also läuft die

2. Säule Gefahr, ausgehöhlt zu werden, weil sich die Versicherer angeblich nicht in der Lage fühlen, die nötigen Erträge für unsere Versicherung zu leisten. Da neigen sie dazu, das Risiko schlicht uns Versicherten abzugeben. Einige von uns könnten in Versuchung geraten, sich durch seltsame Geldvermehrungssysteme mehr Geld zu ver-

Die Versicherungen schieben die Verantwortung auf die Versicherten ab.

schaffen. Ich erinnere an die Vergangenheit, an Vorfälle wie das ASE Anlagensystem, den Financier Behring, welcher nun endlich angeklagt ist, und weitere sogenannte Schneeballsysteme, bei welchen viele Menschen zum Teil ihr ganzes Erspartes verloren haben. National- und Ständerat müssen sich bewusst sein, dass Versicherer und Pensionskassen unter dem Titel der freien Bezugswahl der PK-Gelder direkt die EL, welche auch durch die

Kantone mitfinanziert werden, bedrohen. Aus meiner Sicht muss der freie Kapitalbezug massiv eingeschränkt werden, damit die Pensionierten bis an ihr Lebensende genügend versichert sind. AHV, 2. Säule und EL müssen sich ergänzen. Wenn die 2. Säule ihre Rolle weiterhin spielen soll, dann dürfen wir diese nicht solchen dubiosen Geldvermehrungssystemen unterstellen. Hier hat Alain Berset recht, auch wenn er nur an die EL denkt und nicht an uns Rentnerinnen und Rentner.

An diesen Diskussionen zeigt sich einmal mehr, dass die AHV, die im sogenannten Umlageverfahren finanziert wird, auch in den grössten Turbulenzen viel sicherer ist. Da spielen der niedrige Zins, der hohe Franken und die Probleme an den Finanzmärkten eine viel geringere Rolle. Aber der Ausbau unserer AHV hat trotz dem Verfassungsauftrag für eine Versicherung, welche den Grundbedarf sichert, ihr Ziel noch längst nicht erreicht und die Finanzhaie werden dies wohl auch in nächster Zukunft verhindern.

Urs Müller-Walz ist BastAl-Grossrat und ehemaliger Präsident des VPOD Basel.

Nachrichten

Besitzer von Ovomaltine stärkt Berner Standort

Bern. Das im britischen Besitz befindliche Berner Traditionsunternehmen Wander setzt auf sein Werk in Neuenegg. Das Unternehmen investiert zehn Millionen Franken in den Bau einer neuen Produktionsanlage für den Ovobrotaufstrich. Ab 2017 stellt Wander das Produkt komplett in Neuenegg her. Bisher wurde das Rohmaterial nach Belgien geliefert, wo es zum fertigen Produkt verarbeitet wurde. Der Investitionsentscheid bringe kurzfristig fünf und mittelfristig 15 neue Stellen, hiess es. Zurzeit arbeiten am Standort Neuenegg rund 240 Angestellte. SDA

Schweizer Fördergelder für aufstrebende Länder

Zürich. Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco und die Stiftung Swisscontact haben ein Förderprogramm für das Unternehmertum lanciert. Mit Schweizer Geld sollen Arbeitsplätze in Peru, Vietnam, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie in Serbien entstehen. Laut einer Mitteilung kann sich in Schwellen- und Transitionsländern nur knapp ein Zehntel der neu gegründeten Firmen langfristig etablieren. Das Seco steuert rund 15 Millionen Franken bei. SDA

Sunstar-Hotels fehlen Gäste aus dem Euroraum

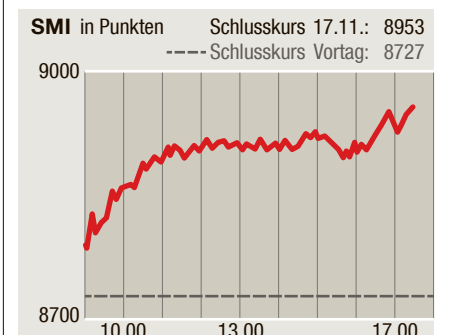
Liestal. Die Hotelgruppe Sunstar leidet unter Buchungsrückgängen von Gästen aus den Euroländern. Die Zahl der Logiernächte etwa von Deutschen sank in der Sommersaison um 41 Prozent auf nur noch rund 16 000 Übernachtungen. Kompensiert werden konnten diese Ausfälle laut einer Mitteilung mit Gästen aus der Golfregion, China und Grossbritannien. Über alles gesehen hat die Sunstar-Gruppe mit ihren zwölf Hotels einen Rückgang an Logiernächten von einem Prozent auf rund 150 000 Übernachtungen zu verzeichnen. SDA

EBM verkleinert Geschäftsleitung

Münchenstein. Die EBM wird auf 1. Januar ihre Geschäftsleitung um zwei auf sechs Stellen reduzieren. Weiterhin an der Spitze des Unternehmens steht Conrad Ammann. Nicht mehr in der Geschäftsleitung, aber weiterhin im Unternehmen bleiben Karin Ehram, Human Resources, sowie Roger Ballmer, bislang verantwortlich für IT und Dienste. Das Personalwesen wird laut EBM in den Bereich Corporate Services integriert – neben den Bereichen Recht, Kommunikation, IT und Unternehmensentwicklung. Roger Ballmer wechsle in die EBM Netz AG und übernehme als Abteilungsleiter den Netzbetrieb, hiess es auf Anfrage. pg

Börse

Kräftige Gewinne



Zürich. Der Schweizer Aktienmarkt hat gestern die Verluste der vergangenen Woche vergessen gemacht. Angesprochen von positiven Vorgaben aus Übersee überschritt der Leitindex SMI kurz nach Handelsbeginn die Marke von 8800 und später jene von 8900 Punkten, die er bis zum Handelschluss verteidigte. Der Swiss Market Index (SMI) stand am Ende 2,58 Prozent höher bei 8952,58 Punkten. Der breite Swiss Performance Index (SPI) legte um 2,40 Prozent auf 9173,78 Zähler zu. Die 30 wichtigsten Werte schlossen allesamt im Plus. Die Spanne reicht von einen Plus von 1,0 bis zu 4,6 Prozent. SDA